KEIN GELD FÜR KRIEG

Netzwerk Friedenssteuer

NETZWERK *Friedenssteuer*, Wichernstr. 9, 42653 Solingen Tel. 0212/591648

In was für einer Welt leben wir eigentlich?

... ich muß Euch sagen, es weihnachtet sehr! Das war es, was ich empfand am vergangenen Samstag, als ich in der Innenstadt nur ein paar Dinge einkaufen wollte. Das Parkhaus war mit ein paar bunten Kugeln und einem Weihnachtszweig geschmückt, und alle Autos mußten noch viel länger warten als an anderen Samstagen, bis sie den begehrten Parkplatz ergattern konnten.
Am Reisebüro, gleich neben dem Parkhaus, prangte ein großes Schild: "Angebot: Weihnachten in der Südsee" - flüchten die Menschen auch schon hier? Und mir fallen die Flüchtlinge ein, die in aller Welt Haus und Herd verlassen müssen und nun als Heimatlose in irgendwelchen Lagern auf bessere Zeiten warten.
"Frohe Weihnachten" spricht mich einer der zahlreichen Weihnachtsmänner an, "... zum Golde drängt doch alles!" er weist auf den Juwelierladen hin, in dem Menschentrauben die Kettchen und Ketten, die Anhänger und Klipse begutachten und hoffen, daß der Goldpreis noch ein wenig fallen möge. Dann könnten sie das Schnäppchen noch ein wenig billiger haben.
Mir fällt die Frau ein, der ich heute am großen Tor zum Sozialamt begegnete, die ihr Kind schützend an sich drückte, während Tränen auf die Mütze des Kindes fielen.
Im Kaufhaus - Bing Crosby träumt gerade wieder einmal von der weißen Weihnacht - werden die Augen fast geblendet von all dem Glanz und Glitzer, der die Weihnachtsdekoration darstellt und von Bergen von Waren, die "unter die Leute gebracht werden müssen" - so hatte der Geschäftsführer vorgestern auf der Betriebsversammlung zum Verkaufspersonal gesagt: "Sie wissen schon, wenn wir weiter so Verluste machen...". Und so verbreiten die Noch-Nicht-Arbeitslosen gute Stimmung, obwohl ihnen Bing Crosby schon längst zum Halse heraushängt, zusammen mit dem ganzen Streß, der ihnen von der Weihnachtssaison beschert wird.
In der Spielwarenabteilung betrachtet ein Kind mit glänzenden Augen die Spielzeug-Maschinenpistole - "wie Rambo" - und mir fällt das Gesicht des Soldaten ein, dem ich in Bosnien beim Reinigen seiner Pistole zuschaute, diesem Stück Technik, mit dem er Menschen töten kann und, geleitet von Haß, auch will. "Schenkt kein Kriegsspielzeug" steht draußen an einem Stand, an dem zwei Menschen frierend und unbeachtet versuchen, andere Menschen zu beeinflussen.
In einer Nebenstraße höre ich das Signalhorn des Notarztwagens - "Verkehrsunfall", sagt einer der an mir Vorbeihastenden, während gleichzeitig nur ein paar Straßen weiter drei Skinheads die Unterkunft der Asylbewerber "inspizieren" und in ihren Köpfen der Spruch "Deutschland den Deutschen" jede Regung von Vernunft und Menschlichkeit erstickt.
Oben, im 3.Stock, haben die Leute vom Kaufhaus sich eine Fernsehwand einfallen lassen, 5 Reihen von Fernsehern, 13 nebeneinander zeigen alle 65 das gleiche Bild, 65x macht Madonna die gleiche Bewegung, 65x quillt die gleiche Wolke ins Bild; und 65x taucht hinter dem Nachrichtensprecher die Karte von Bosnien auf, 65x sagt er: "..wieder heftige Kämpfe bei Gorni Vakuv". Wen kümmert es! Was geht uns dieser Krieg da unten an? WIR haben doch Frieden, wir tun niemanden etwas zuleide! Oder doch? Was ist denn mit dem ferngesteuerten Auto, das gerade von einem Jungen ausprobiert wird? Und mit der Puppe, die wiederholt, was das Mädchen dort drüben ihr vorplappert? "Made in China" steht in beiden irgendwo verschämt am Rand - hergestellt in China, hergestellt von Menschen, die dafür einen Hungerlohn bekommen, in einem Land, das seine Menschen unterdrückt, wo ein Menschenleben keine Rolle spielt.
Aber Hauptsache, wir haben unsere Freude dran! Wir sehen ja auch nicht, wieviel Tränen an diesen Gegenständen kleben; wir sehen die bunte Verpackung mit deutschen Inschriften - wenn auch manchmal in einem etwas seltsamen Deutsch - wir sehen den "günstigen" Preis.
"Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!"
Wohl doch ALLEN Menschen! *K.H.*

AACHENER FRIEDENSSPREIS 1993

"Friedenspreisträger" sein - wie geht das?

1993 hat das "Netzwerk Friedenssteuer" den nationalen und Jean-Bertrand Aristide den internationalen Teil des Aachener Friedenspreises erhalten. Ein Verein verschiedener Aachener Initiativen und Organisationen würdigt seit 1988 jährlich Frauen, Männer und Gruppen, die "von unten her" dazu beigetragen haben, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen. Für das Netzwerk Friedenssteuer haben "offiziell" Günther Lott und Reinhard Egel, außerdem auch Christa Voigt und Dorothea Kötter den Preis entgegengenommen. Hier ein paar rückblickende Gedanken.

„Kein Geld für Waffen": von links die stellvertretende Vorsitzende des Friedenspreises, Hildgarde Lisse, mit Reinhard Egel, Christa Voigt und Günther Lott vom Netzwerk Friedenssteuer. Fotos: Michael Jaspers

Zugegeben, als mich Martin Arnold im April fragte, ob ich bereit sei, zusammen mit Günther Lott für das Netzwerk Friedenssteuer den Aachener Friedenspreis in diesem Jahr entgegenzunehmen, war meine erste Reaktion: Aber nur, wenn sich sonst niemand dafür findet. Bei mir dachte ich: Gibt es nicht Wichtigeres? Während auf dem Balkan der Wahnsinn tobt? Ich mag außerdem keinen Rummel... Skeptisch war ich noch, als die Sache im Mai beim Netzwerkrat begeistert aufgenommen wurde. Der Rat wünschte jedoch Frauen als Preisträgerinnen. (*Die* Gelegenheit, mich aus der Affäre zu ziehen.) Aber "unsere" Frauen konnten sich aus beruflichen Gründen nicht festlegen. Nachher waren sie dann doch dabei, die eine gab Interviews in Fremdsprachen, die andere hielt unsere Dankesrede. (Mein Glück.)
Trotzdem, den Tag der Preisverleihung habe ich erlebt wie ein Fest! Es fing ganz anders an. Schon Tage vorher: Interviews mit Zeitungen, Radiosendern, und einen Tag vorher: Der WDR kommt vier Stunden zu mir auf den Gärtnerhof, um mich bei der Arbeit, dann in unsere Wohnung, um mein Familienleben zu filmen. Der Reporter holt sich nasse Füße, gähnt ständig, und ich kriege Streß!
Der 1. September, Antikriegstag, Tag der Preisverleihung, begann etwas unerwartet: Ein Mitglied der Preisjury kommt morgens in einer Tiefgarage gleich zur Sache: "Ich hab das Geld bar dabei. Wie machen wir's? Ich möchte es los werden." - "Am besten überweisen." - "O.K." Das war der "geschäftliche" Teil. Dann drei Stunden Pressekonferenz. Erste Begegnung mit Jean-Betrand Aristide, der den internationalen Teil des Friedenspreises 1993 erhalten hat. Dessen Sicherheitschef gefällt mein Anstekker "Kein Geld für Krieg" so gut, daß er den Rest des Tages damit rumläuft.
Beim Empfang beim Oberbürgermeister fällt mir die Aufgabe zu, auf dessen Lobrede spontan zu antworten. Er huldigt dem Frieden, Aristide der Gewaltfreiheit. Ich gebe gleich zu, daß ich aus Solingen komme, und da fällt mir auch ein Stichwort ein: Zivilcourage. Ich ziehe vom Leder: Einmal war ich schon in Aachen, vorm Landgericht, bin verknackt worden wegen Hausfriedensbruch, weil ich in ein NATO-Bunker-Gelände eingedrungen war. Und daß es in Aachen auch SteuerverweigererInnen gibt und ein Finanzamt, das ihnen ihre Gewissensfreiheit nicht läßt. Es sind Politiker. Denn sie lächeln unentwegt. Man beeilte sich, sich zu rechtfertigen: In Aachen sei die gesamte SPD gegen Militäreinsätze. Ich nickte unwillkürlich anerkennend. (Verrückte Welt. Vertauschte Rollen.) Ich merke die vielen Blitzlichter nicht mehr. (Wieviele Kilometer Film mögen wohl heute schon belichtet worden

sein?) In der Aula sind dann mehr als tausend Leute, nicht alle kommen rein.
Später geht es noch weiter bei einem Imbiß mit mehr als hundert Leuten. Und noch ein Fernsehinterview, ein Privatsender (es war an der Qualität der Fragen zu merken). Als ich dann in der Nacht in Rias Wohnzimmer lag, zogen die vielen Menschen an mir vorbei, die sich an diesem 1. September für Kriegssteuerverweigerung zu interessieren schienen (so viele waren es nur während des Golfkrieges). Seltsam: Ich wußte nicht, wer hat sich denn wirklich dafür interessiert?? Und da mußte ich an meinen Freund Klaus, Mitinitiator des Netzwerkes, denken, der sich das "ganze Theater" einfach gespart hatte.
Nun, was war trotzdem das Festliche an dem Tag? Vielleicht daß mehr SteuerverweigererInnen nach Aachen kamen als zu unserer 10-Jahres-Feier? Die Freude darüber in ihren Gesichtern zu sehen, wenigstens einen Tag nicht das Gefühl zu haben, selbst in der Friedensbewegung Außenseiter zu sein. "Macht es Ihnen etwas aus, für einen Spinner gehalten zu werden?" lautet die Standardfrage der Reporter. Wir zwingen niemand, uns ernst zunehmen, aber ich bin überzeugt, daß es viel mehr SteuerverweigererInnen gäbe, wenn sich die Leute selbst ernst nähmen. Das hat Dorothee Sölle in ihrer Lobrede dann auch so ausgedrückt: "Ein Versuch, dem Kaiser nur das zu geben, was des Kaisers ist, nicht das, was Gott gehört, das Leben, das wir mit den Mitteln der Gewalt vernichten. Und so ist auch der Kaiser, der Staat, die derzeit herrschende Ordnung nicht der Gegner in dieser Auseinandersetzung, sondern es sind eher die Unwissenden und die Abseitsstehenden.Die Anzahl derer bei uns, die abseits stehen, Hoffnungen aufgegeben haben, wieder alles mit sich machen lassen, ihre private Lebensart pflegen, ist ja ungeheuer gestiegen. ...Steuern für den Kriegsetat zu verweigern ist eine Art, das in der Gewaltverehrung gefangene Gewissen zu befreien."
Heute, drei Monate später, muß ich auch immer wieder daran denken, daß ich einen Tag mit Aristide verbracht habe, der, kaum älter als ich, durch seine ernste, stille Art sehr schnell mein Herz gewann. Wenn ich heute das Embargo Haitis begrüße, muß ich aber auch daran denken, was Dorothee Sölle sagte: "Haiti ist ökologisch tot, 98 Prozent der Wälder sind abgeholzt, die Holzkohle ist die einzige Energiequelle für die sieben Millionen Einwohner. Viele Kinder sind unterernährt, im Nordwesten reiht sich auf den Friedhöfen Kindergrab an Kindergrab, manche Leute essen sogar tonhaltige Erde, um ihren täglichen Kalorienbedarf zu decken. 80 Prozent der Menschen sind Analphabeten. Von einer ärztlichen Versorgung, von Schulbildung für die Kinder können sie nur träuen. Aber sie träumen nicht nur, sie organisieren sich auch..."
Ich bin dankbar für den Tag - gerade wegen der zwiespältigen Gefühle, die er in mir auslöste.
Reinhard Egel

Somalia ist ja nur die Einstiegsdroge

Begründung der Preisverleihung 1993 durch den Vorsitzenden des Aachener Friedenspreises, Pfarrer Albrecht Bausch (gekürzt)

... Die politisch platteste, doch ebenso erfolgreiche Parole heißt: "Wir können als Deutsch nicht mehr länger hintanstehen. Wir sind größer und unsere Verantwortung ist größer geworden. *Welche?* Ich speche von Somalia. Doch dies ist eine gleich hirn- wie geschichtslose Parole. General a.D. Schmückle sagte: "Es begann alles mit dieser an Größenwahn grenzenden Übertreibung: Wir sind größer, wir sind stärker, wir brauchen weltweite Verantwortung." Doch Somalia ist ja nur die Einstiegsdroge als sogenante humanitäre Aktion. Hauptsache, wir sind wieder dabei... *Dabei?* Selbst die Rechtsabteilung der UN bezweifelt inzwischen die Rechtmäßigkeit der US-Bombardements in Somalia. UN-Angriffe ohne Vorwarnung müßten - so wörtlich - "schlicht als Mord" betrachtet werden, so sagte sie nach dem UN-Angriff auf das Haus eines Aidid-Vertrauten im Juli, wobei 53 Somalier getötet wurden. Auch das Leben der Mitarbeiter von Hilfswerken wurde dabei aufs höchste gefährdet. *Dabei sein?* Von den vier größten Ölkonzernen, denen fast 2/3 von Somalia inzwischen für Probebohrungen geöffnet wurden, lasen wir nichts, hörten wir nichts, sahen wir nichts. Auch hier erhebt sich die alte Kinderfrage: "Papa, wie kommt's, daß in der Welt jeden Tag nur so viel passiert, wie in die Zeitung paßt?"
Dazu - en passant - ein Wort zum Gemetzel in Jugoslawien. "Die Frauen in Schwarz" aus Belgrad sagten dazu wörtlich: "Die Anerkennungspolitik der Bundesrepublik hat zur Auslösung und zur Eskalation unseres grausamen Bürgerkrieges entscheidend beigetragen."...
Die neue Weltordnung zeigt ihre Zähne. Auch wir Deutschen klappern mit. Kein anderer Weg führt sonst zum Sitz im Sicherheitsrat, in dem übrigens die größten Waffenexporteure der Welt versammelt sind. Welch ein Witz! Wir gehören doch auch dazu!
... Wir sehen den Zusammenhang zwischen der neu legitimierten Gewalt nach außen und der Gewalt im Innern, auf unseren Straßen, und auch der Gewalt gegen Arme, Alte und Arbeitslose, gegen die rücksichtslos soziale

Repression ausgeübt wird. Dies alles kommt doch aus derselben Mentalität wie auch der Fernsehkrimi mit drei bis sieben Leichen. Wieso eigentlich erschrecken wir über die Toten vor unserer Haustür und auf unseren Straßen? Herr Schäuble ... sagte: "Doch auch im Manöver gibt es Tote". Und er sagte zugleich ...: "Wenn ich mir die Erbärmlichkeit der diesjährigen sogenannten Ostermarschierer noch einmal vor Augen führe, muß ich sagen: Etwas Schäbigeres hat es in diesem Lande schon lange nicht mehr gegeben."...
Deshalb und genau deshalb wählten wir in diesem Jahr das Netzwerk Friedenssteuer zu unserem Preisträger. Also die Verweigerer der Militär- und Rüstungssteuer. Sie, Herr Egel, und Sie, Herr Lott, sagen NEIN zu diesem Wahnwitz. Sie wollen nicht mehr länger für den Frieden arbeiten und beten und zugleich für Rüstung und Krieg bezahlen. Das ist Gewissenssache, die für Sie über allem steht. Sie haben über 10 Jahre dafür gearbeitet und gekämpft und durchgehalten. Ohne bisher äußeren Erfolg. Doch Sie machen weiter, und wir wollen Ihnen Mut dazu machen, und Sie heute darin öffentlich unterstützen...
Jede Mark, die in die Rüstung geht, fehlt den Ärmsten der Armen. "Rüstung tötet auch ohne Krieg", ist der Titel eines Buches von Dorthee Sölle. Damit bin ich bei Haiti, dem ärmsten Land nicht nur Lateinamerikas. Und damit bin ich bei Jean Bertrand Aristide, der uns nachher weit mehr dazu zu sagen hat...

(Wir bitten Euch um Verständnis, daß wir die Reden aus Platzgründen zum Teil gekürzt haben, wo sie sich auf Haiti bezogen. Die sehr bewegende Rede von Aristide liegt uns in Deutsch vor und kann bei der Infostelle mit Rückumschlag angefordert werden.)

"WIDER GEWALT"

Rede von Günther Lott auf der Kundgebung auf dem Synagogenplatz in Aachen

Liebe Kriegsgegnerinnen, liebe Friedensfreunde!

Heute, am 1. September, ist Anti-Kriegs-Tag. Auch 1993 ist ein Antikriegstag noch bitter nötig, denn es herrscht **wieder Gewalt**, hierzulande und in der weiten Welt. Es herrscht immer wieder und immer noch Krieg. Damit sich aber die Deutschen nicht zu sehr betroffen fühlen, werden *unsere* Soldaten erst einmal ein bißchen weiter weggeschickt als damals am 1. September 1939 - nämlich in die Ost-Türkei, nach Kambodscha oder nach Somalia - oder, noch eleganter - wir bezahlen der US-Regierung einfach einen Solidaritäts-Beitrag von lächerlichen 18 Milliarden D-Mark als unsere Beteiligung an den Golf-Kriegsverbrechen von 1991. Damit ist das Kriegsgeschäft dann auch getan.
Anti-Kriegs-Tag heißt zunächst: **Wider** die **Gewalt** sein, die Stimme gegen den Krieg erheben, ja mehr noch - die Mitwirkung an *jeglicher* Art von Kriegsdienst verweigern. Rüstungssteuer-Verweigerung, um die es heute hier unter anderem beispielhaft geht, ist nur *eine* von vielleicht hundert anderen Mögichkeiten, den Militaristen im Lande die Gefolgschaft zu verweigern und ein deutliches Nein zum staatlich geplanten und befohlenen Töten zu sagen und zu leben. Denken wir an Wolfgang Borcherts Manifest "Sag NEIN", geschrieben im November 1947, letzte Worte eines im Sterben liegenden 26jährigen. Nur drei Sätze daraus als Zeichen, wie erschreckend zeitgemäß dieser Text auch heute noch ist:

"Du, Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!
Du, Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!
Du, Mann auf dem Bahnhof. Wenn sie dir morgen befehlen,du sollst das Signal zur Abfahrt geben für den Munitionszug und für den Truppentransport, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!"
Vielleicht müssen wir solche Sätze heute ergänzen durch einige aktuelle Erweiterungen:
"Du, Auslandskorrespondent. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Kriegs-Gemetzel möglichst spannend, hautnah und blutrünstig in unsere Wohnzimmer, ja, schlimmer noch: in unsere Kinderzimmer übertragen, dann gibt es nur ein: Sag NEIN!
Du, Bundesverfassungsrichter. Wenn sie dir norgen befehlen,du sollst die Wünsche amerikanischer und französischer Generäle und das Lob ihrer REgierungen höher achten als elementare Grundwerte unserer Verfassung, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!
Du, Steuerzahler. Wenn sie dir morgen befehlen, dus ollst dein Scherflein beitragen zur Bombadierung irakischer Säuglinge, kurdischer Kinder, somalischer Mütter oder serbischer Greise, dann gibt es nur ein: Sag NEIN!"
Ein Staat, der das Töten befiehlt - aus welchen Gründen auch immer! -, bereitet ein Klima der Gewalt vor. Nehmen wir doch endlich Abschied von den Märchen eines staatlichen Gewaltmonopols, von der guten und der bösen Gewalt, von heiligen und unheiligen Kriegen! Es gibt keine gerechten Kriege. *Jeder* Krieg ist ein Verbrechen von Menschen an Menschen. Das heißt für uns: Das "Anti" des heutigen Tages, das **Wider Gewalt**, das Nein zum Kriege, können

nur erste Schritte sein. Was auf Dauer gefordert wird, ist **Frieden schaffendes Handeln**. Dazu müssen Achtung, Verständnis und Vertrauen gegenüber Andersdenkenden und anders Lebenden (innerhalb und außerhalb unserer politischen Grenzen) Grundlage unseres Denkens und Handelns sein, insbesondere in einem Lande, dessen Mehrheit sich auf christliche Grundwerte beruft. Machen wir doch den verantwortlichen Politikern endlich klar: Militärische Rüstung bringt keine Sicherheit. Armeen schaffen immer nur Bedrohung, Mißtrauen und Angst. Sicherheit schaffen wir nur durch das, was *wir* für die Sicherheit unserer vorgeblichen *Gegner* tun. Erinnern wir uns an die alte chinesische Weisheit: "Die bestverschlossene Tür ist die, welche man offenlassen kann."
In einer Zeit, in der unsere Medien beherrscht sind vom Negativen, von Not und Elend, Grausamkeit und Kriegen, sei an zwei *positive* Vorbilder erinnert. Zum Ersten: Es ist gerade einmal vier Jahre her, da saßen wir voller Begeisterung vor den Bildschirmen und hörten Zehntausende den Ruf skandieren: "Wir sind das Volk!" Ende 1989 haben wir Deutschen doch *erlebt*, daß ein Unrechtsregime mit gewaltfreien, unblutigen Mitteln in die Wüste, besser gesagt: in Gerichtssäle, Gefängnisse oder ins Ausland geschickt werden kann. Haben wir diese Lehre heute schon vergessen? Wozu also *brauchen* wir noch Soldaten? Wozu brauchen wir *Massen*vernichtungswaffen? Wollen wir **wieder Gewalt** und Unrecht rechtferigen und daran mitwirken?
Beispiel Zwei: Gar nicht weit entfernt von der Heimat unseres Freundes Jean-Bertrand Aristide gibt es einen Staat, der seine Armee abgeschafft und seine Kasernen in Schulen verwandelt hat. Statt eines Antikriegstages wie *wir* heute, feiert das Volk von Costa Rica alljährlich am 1. Dezember den "Tag der Abschaffung der Armee" als einen seiner höchsten Feiertage, und das seit 45 Jahren in Freiheit und Souveränität. Hören wir zum Schluß aus diesem Staat einige Sätze seines ehemaligen Präsidenten, des Friedensnobelpreisträgers Oscar Arias Sanchez. Als die Krise in den Kriegsgebieten Mittelamerikas auf ihrem Höhepunkt war, sagte Arias am 5. August 1987 vor der Abreise zu jener entscheidenden Konferenz in Guatemala, wo dann sein Friedensplan angenommen wurde: "Ich trage nicht die Schuld an meinen Träumen. ... Ich weiß nicht, wieviele Generationen mich gelehrt haben, den Gestrauchelten nicht in den Staub zu treten, sondern ihn aufzurichten. Ich weiß nicht, wann ich gelernt habe, dem, der mich beleidigt, zu verzeihen und keinen Haß zu nähren.
Ich trage nicht die Schuld an meinen Träumen. Ich danke dem Himmel, daß ich in einem Land lebe, in dem man für die Verwirklichung seiner Träume arbeiten kann und in dem Träume verwirklicht werden können. ... Ich werde meine Träume nicht verraten. Costa Rica wird seine Träume nicht verraten. Der Friede wird *nie* der falsche Weg sein."

Laudatio

von Dorothee Sölle

Ich will als erstes sagen, daß ich mich einfach freue, daß es euch gibt, ihr drei so verschiedenen Menschen, und alle, die zu euch gehören, ihr, meine Brüder Jean-Bertrand Aristide, Reinhard Egel und Günther Lott! Ihr habt mit eurem Leben, eurem Nachdenken und Reden, eurem Handeln und Leiden die Freude vermehrt und dazu beigetragen, daß wir alle das Licht besser sehen können, diese Lampe, die wir brauchen in einer einigermaßen finsteren Welt...
"Getrennt sind wir schwach, zusammen sind wir stark, alle zusammen sind wir Lawinen", so skandierten die Massen vor den Wahlen im Dezember 1990, bei denen zwei Drittel der Bevölkerung den Priester Aristide zum Präsidenten wählten. Sie haben zugleich die Demokratie anstelle der Diktatur gewählt, aber nach sieben kurzen Monaten der Freiheit ist die Diktatur, blutig wie eh und je, wieder zurückgekehrt, 3000 Menschen wurden ermordet, die Menschenrechte wieder außer Kraft gesetzt, Zehntausende sind geflohen. Die Demokratie und ihr Präsident sind ins Exil gegangen. Eine baptistische Freundin aus den Vereinigten Staaten erzählte von einer Meßfeier in Haiti, bei der die Geschichte von König Herodes, der Angst hatte, seinen Thron zu verlieren, und deshalb alle Kinder der Region vorsorglich ermorden ließ, als Schriftlesung zu hören war. Der Priester sagte in seiner Ansprache: "Wir haben viele Könige Herodes in Haiti." Kurz danach wurde die Kirche überfallen, die Hostien herumgestreut, der Kelch zerbrochen. Die Jugendlichen aus der Kirchengemeinde verließen das Dorf und lebten versteckt. Der örtliche Bischof griff trotz dieses Sakrilegs nicht ein; fast die gesamte Hierarchie in Haiti steht auf der Seite der wenigen Reichen und sieht ihren Terror als das kleinere Übel gegenüber dem Chaos der Lawinen an. Die vielen Könige Herodes sind die Anführer der 515 Sektionen, in die das Land eingeteilt ist. Sie haben schwerbewaffnete Bevollmächtigte bestimmt, die kein Gehalt bekommen, aber angespornt werden, die Bevölkerung zu terrorisieren und sich selbst durch Stehlen und Erpressung zu erhalten.
Auch in unserem Land, das sich in manchen Hinsichten als wohlgeordnet und rechtsstaatlich darstellt, gibt es Unterstützung für He-

rodes und den Mord an den unschuldigen Kindern. Wir sind Nutznießer der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung im Interesse der Könige Herodes, und wie er brauchen wir dazu Soldaten, Waffen und kostspielige Ausrüstung. Somalia funktioniert zur Zeit als Einstiegsdroge in diese neue militaristische Machtpolitik, die mit schönen Worten wie "Weltverantwortung" oder "friedenserhaltende Mission" der Bevölkerung weismachen will, daß wir, obwohl uns der Feind abhanden gekommen ist, doch vor allem die herodianische Politik weiterbetreiben müssen.
Wir bezahlen Steuern, etwa 20 Prozent davon gehen in den Rüstungsetat. Wir alle beteiligen uns an den Verbrechen: Aufrüstung, Kriegsvorbereitung für uns und unsere aufzurüstenden Feinde, Ausplünderung der Armen und unterlassene Hilfeleistung.
"Wir alle" habe ich gesagt, weil Steuerzahlen ja so selbstverständlich ist wie Atemholen, aber es stimmt nicht ganz: Einige leben anders... Wenn es ein Recht für junge Männer gibt, nicht töten zu lernen, zivil zu bleiben, dann muß es auch das Recht für ältere Geldverdienende geben, nicht das Töten zu finanzieren. Wir können nicht für den Frieden beten und zugleich für den Krieg zahlen. Dieser einfache und klare Grundsatz der Friedenssteuerleute ist schwer durchzuführen und zu leben. Es steht da ein langer, zäher Kampf an, ein gewaltfreier Kampf innerhalb der bejahten Rechtsordnung. Ein Versuch, dem Kaiser nur das zu geben, was des Kaisers ist, nicht das, was Gott gehört, das Leben, das wir mit den Mitteln der Gewalt vernichten. Und so ist auch der Kaiser, der Staat, die derzeit herrschende Ordnung nicht der Gegner in dieser Auseinandersetzung, sondern es sind eher die Unwissenden und die Abseitsstehenden. Die Anzahl derer bei uns, die abseits stehen, Hoffnungen aufgegeben haben, wieder alles mit sich machen lassen, ihre private Lebenswelt pflegen, ist ja ungeheuer gestiegen... Steuern für den Kriegsetat zu verweigern ist eine Art, das in der Gewaltverehrung gefangene Gewissen zu befreien...
Laßt mich noch einmal mit den Worten des rechtmäßigen Präsidenten von Haiti sprechen, um klarzumachen, was Befreiung heißt. Wir könnten lernen, viele seiner Sätze auch für uns zu hören: "Haiti ist ein Gefängnis. In diesem Gefängnis gibt es Regeln, die man befolgen muß, sonst wird man umgebracht." Aristide sagt weiter: "Wenn wir diese Regeln befolgen, dann werden wir gewiß an der Peitsche zugrunde gehen. Ich sage: Gehorcht diesen Regeln nicht! Verlangt mehr! Laßt Euer Elend hinter Euch! Organisiert Euch mit Euren Brüdern und Schwestern! Akzeptiert Euer Schicksal nicht! Seid voller Hoffnung! Entkommt dem Leichenhaus und sucht das Leben. Schreitet heraus aus dem Gefängnis und marschiert auf den harten und erbarmungslosen Wegen, die zum Leben führen."
Ich glaube,das gilt auch für die, die im Gefängnis des Militarismus und der gewalttätigen Zerstörung unserer Erde leben, in einem komfortabel eingerichteten Luxusgefängnis, das die Seele zugrunde richtet, weil es die Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit und weniger Gewalt zu einer Asylantin gemacht hat, die hier kein Wohnrecht besitzt.
Ihr habt das wichtigste Kriterium, das in unserm Teil des Gefängnisses gilt, konsequent außer Acht gelassen. Ihr habt, wunderbarerweise, nicht gefragt: Haben diese Leute auch *Erfolg?* Kommen sie ganz groß heraus? Werden sie es schaffen? Ist das überhaupt möglich, die Demokratie in Haiti und das Leben nach dem Gewissen in Deutschland? Ihr habt nicht den Erfolg zum ersten Kriterium gemacht, ihr habt nicht nach der Macht des König Herodes geschielt, sondern nach den Senfkörnern des armen Mannes von Nazareth Ausschau gehalten, die wachsen werden zum Baum des Lebens, ihr habt den tödlichen Zuschauerstandpunkt der Menschen in der ersten Welt, diese Fernsehmentalität, verlassen zugunsten der Einmischung. Das ist eine ebenso seltene wie notwendige Option für die Befreiung, die wir alle brauchen. Ich danke euch allen, daß ihr die kleine Lampe weiterbrennen laßt.

Dankesrede

von Christa Voigt

Das NETZWERK FRIEDENSSTEUER hat den AACHENER FRIEDENSPREIS zuerkannt bekommen. Ich bin stolz darauf und glücklich, daß ich im Namen des Netzwerks Worte des Dankes überbringen darf.
Wir sind dankbar für die Anerkennung und Zustimmung, die uns mit dem Preis zuteil wird. Das gibt uns Mut, auf unserem Weg fortzuschreiten. Es bedeutet, daß das Thema "Militärsteuerverweigerung" als positives Beispiel an die Öffentlichkeit gebracht wird und so nicht nur Beachtung findet, sondern auch Mut zur Nachahmung machen könnte.
Ich möchte auch unseren Dank sagen den Frauen und Männern, die diesen Friedens-Preis ins Leben gerufen haben. Die meisten Preise werden verliehen für Siege und Erfolge. Dieser Preis dagegen bedeutet eine Anerkennung für das, was Frieden ist: eine gewaltfreie Lebensweise.
Wir danken auch Dorothee Sölle für ihre Laudatio.
Es ist nicht das erste Mal, daß Dorothee Sölle die Militärsteuerverweigerung öffentlich unterstützt.

Als sie 1985 einen Vortrag zu diesem Thema in Bielefeld gehalten hat, hat sie etwas gesagt, was ich gern noch einmal zur Erinnerung und Ermutigung ins Gedächtnis rufe: "Es gibt Dinge, die mußt Du tun um Deiner eigenen Würde willen, damit Du Dir noch ins Gesicht sehen kannst, ... Es gibt Dinge, die mußt Du tun, damit Du überhaupt ein Mensch bleibst."
Öffentlich Steuern zu verweigern, wie wir es tun und empfehlen, ist schwer zu vermitteln. Ich möchte ein paar Gründe für diese Schwierigkeit nennen:
Steuern zu zahlen, ist etwas zu Selbstverständliches, als daß man kritisch darüber nachdenkt;
es betrifft beinahe jeden und jede von uns, und die intuitive Abwehr gegen Gedanken, die das überkommene Vertrauen in staatliche Institutionen stören könnten, ist groß. Außerdem möchte man keinen Ärger mit Behörden. Selbst viele friedliebende Menschen scheuen den Schritt zum zivilen Ungehorsam. Er hat den Geruch von Willkür und Unordnung - und gehört doch zur Bewährung einer gelebten Demokratie, die sich nicht in dem Satz erschöpft: "Mehrheit gilt".
Unser Anliegen ist unbequem, weil es Ausdauer verlangt. Es bezieht sich nicht nur auf die Empörung über das jeweils aktuelle Kriegsgeschehen, sondern auf die langfristige Überwindung des Unrechts Krieg. Für viele ist Geld gleichbedeutend mit Einfluß, Machbarkeit, Macht und Sicherheit, und deshalb wollen sie diesen Bereich nicht preisgeben. Andere halten Geld für harmlos, können oder wollen die Zusammenhänge nicht sehen und finden Beruhigung für ihr Gewissen in der angeblichen Anonymität und "Unschuld" des Geldes.
Wer und was ist das NETZWERK FRIEDENSSTEUER?
Das NETZWERK FRIEDENSSTEUER ist ein Zusammenschluß von Menschen, die ein gemeinsames Anliegen vor über 10 Jahren zusammengeführt hat. Wir hatten Vorbilder in den U.S.A., in Großbritannien und in den Niederlanden. Es war dies die Zeit der Raketenstationierung, wo die ganze Dimension und Gefährlichkeit der Abschreckungsstrategie deutlich wurde. Uns war klar geworden, daß es nicht ausreicht, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, weil Männer und auch Frauen mit ihren lebenslangen Steuerzahlungen viel mehr Kriegsdienst leisten als ein junger Mann, der seinen Grundwehrdienst ableistet. Vor allem uns Frauen wurde bisher an keiner Stelle das Recht eingeräumt, unsere Kriegsdienste zu verweigern.
Besonders während und nach dem Golfkrieg hatte das NETZWERK FRIEDENSSTEUER tausende von Anfragen von Menschen, die nicht bereit waren, mit ihren Steuern zu diesem Krieg beizutragen und ein Zeichen setzen wollten. Solche Reaktionen haben dann dazu geführt, daß die Kriegsausgaben als "Solidaritätszuschlag" verträglich verpackt wurden. Inzwischen haben sich die Menschen wieder beruhigt; wie das tägliche Schauspiel des Krieges von den Bildschirmen, so ist auch die Empörung darüber verschwunden. Darüber hinaus hat gerade der Golfkrieg für viele Menschen die Illusion genährt, Kriege seien wieder führbar, ja sogar gewinnbar, wenn man nur konsequent genug die Folgen und insbesondere die Opfer verschweigt. Seitdem erfährt das militärische Denken wieder Auftrieb. Die unmittelbare Bedrohung aus dem Osten ist gewichen. Man sucht nach neuen Betätigungsfeldern und bereitet Out-of-area-Einsätze vor, denn "wir sind ja wieder wer" und sollten dabei sein. Wir sind in zahlreicher Gesellschaft, und was alle tun, kann doch nicht unmoralisch sein. Der Einsatz deutscher Soldaten in Somalia wird wiederum von unseren Steuern bezahlt, aber als "humanitäre Hilfe" etikettiert, wird er von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung hingenommen, obwohl es sich dabei um ein *militärisches* Mandat der UNO handelt. Jeder Tag kann weitere Eskalation zur Gewalt bringen. Das ist bei der prinzipiellen Bereitschaft, Waffen zu gebrauchen, gar nicht auszuschließen.
Die Mitglieder des NETZWERK FRIEDENSSTEUER berufen sich in ihrer Arbeit sowohl als einzelne Steuerverweigerer als auch auf politischer Ebene auf das in der Verfassung garantierte Recht auf Gewissensfreiheit und versuchen, dieses als übergeordnete verbindliche Rechtsnorm zu verwirklichen und einzuklagen.

Wir haben das zunächst in unseren Steuererklärungen bei den Finanzämtern getan, noch bevor wir unseren Rüstungssteueranteil aktiv verweigert haben. Wir haben dann die Finanzämter verklagt und unsere Gewissensnot in vielen Prozessen vor Finanzgerichten dargelegt, schließlich auch vor dem höchsten deutschen Finanzgericht, dem Bundesfinanzhof in München. Wir haben uns mehrfach an das Bundesverfassungsgericht gewandt. Dort wurde bisher keine Beschwerde zur Verhandlung angenommen, sondern wegen Aussichtslosigkeit auf Erfolg abgewiesen. Eine letzte Beschwerde ist noch nicht entschieden. Wir sind gespannt, ob und wie die Richter darauf reagieren, daß mehr als 450 Menschen zusammen beinahe DM 7000,- an die Gerichtskasse überwiesen haben als Ausdruck ihrer Solidarität mit dem Beschwerdeführer und seinem Anliegen. Dieser hatte einen abschlägigen Vorbescheid bekommen und war aufgefordert worden, wenn er ausdrücklich an einer individuellen Entscheidung seiner Beschwerde interessiert wäre, eine Vorauszahlung von DM 1000,- auf eine mögliche Unterliegensgebühr zu leisten.

Parallel zu den persönlichen Verweigerungen und Prozessen haben wir von Anfang an nach einer politischen Lösung gesucht. Wir haben auf parlamentarischer Ebene dreimal zusammen mit den GRÜNEN bzw. GRÜNE/BÜNDNIS 90 versucht, durch einen Gesetzesvorschlag ein Recht auf "Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Steuer" einzuführen. Wir halten das für ein allgemeines demokratisches Anliegen, nicht für das Anliegen irgendeiner bestimmten Partei. Wir haben eine Reihe von Bundestagsabgeordneten mit dem Thema vertraut gemacht, von denen einige uns auch gegen die Meinung ihrer Partei mutig unterstützt haben.
Auf krichlicher Ebene bemüht sich die Oekumenische Bewegung "STEUERN ZU PFLUGSCHAREN", die sich aus kirchlichen Mitarbeiter/Innen gebildet hat und zum NETZWERK FRIEDENSSTEUER gehört, um die Unterstützung ihrer Kirchen bei ihrem Gewissenskonflikt.Wir haben an vielen Stellen, bei Finanzbeamten, Richtern, Politikern und Kirchenleitenden durchaus Achtung und Sympathie erfahren, aber schließlich auch immer wieder die Botschaft, daß der Erhalt politischer Macht in ihrer jetzigen Gestalt in jedem Falle schützenswerter ist als das einzelne Gewissen. Was uns bleibt, ist ziviler Ungehorsam und die Hoffnung, immer mehr Menschen zu bewegen, an einer politischen Veränderung mitzuwirken.
Sie werden fragen, welches unsere Motive sind, warum wir so hartnäckig sind, woher wir die Kraft für unsere Arbeit nehmen?
Viele Menschen im NETZWERK FRIEDENSSTEUER handeln aus ihrem christlichen Glauben heraus, andere folgen einfach ihrer Vernunft; wir alle sind aber überzeugt, daß die Menschenrechte, wie sie in unserer demokratischen Verfassung festgehalten sind, für alle Menschen gelten und daß Demokratie, im Sinne einer Aussage von Carlo Schmidt, "ein Angebot ist an uns alle, mit ihrem Instrumentarium so umzugehen, daß der Mensch auch im Staat immer in der Mitte steht. Sie ist noch nicht das reine Gefäß der Menschchlichkeit; sie bietet uns aber Mittel an, mit deren Hilfe wir den Staat vermenschlichen können."
In Artikel 1 GG steht:
"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."
In Artikel 2 GG steht:
"Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit."
In Artikel 4 schließlich heißt es:
"Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich."
Menschenwürde hat etwas mit der Freiheit des Gewissens zu tun: nur wo ich die Freiheit habe, mir selbst treu zu bleiben und wahrhaftig zu leben, werde ich menschenwürdig leben.
Wir können nur dann ein Recht auf Leben und Unversehrtheit erwarten, wenn wir es *allen* Menschen zugestehen. Wir werden unglaubwürdig, wenn wir zum Schutz des Lebens töten. Es gibt keine Menschlichkeit durch Gewalt. Militärisch erzwungener Friede ist kein Friede. Er hinterläßt Haß in den Herzen der Menschen, der wiederum nach Vergeltung verlangt, noch Generationen später. Wir sehen das im Augenblick z.B. in dem grausamen Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, wo Vergeltung geübt wird ohne Ende und der Krieg alle moralischen Gesetze außer Kraft setzt: denn wo Töten erlaubt ist, ist alles erlaubt.
Eine Gesellschaft, die Gewalt legitimiert, wenn es um ihre Verteidigung geht, die dafür das Töten von Menschen rechtfertigt, lehrt und plant, darf sich über nichts wundern, auch nicht über Angriffe auf Schwache, auf Minderheiten, auf Fremde. Frieden ist eine Lebensweise, er muß gelebt und immer wieder gewagt werden: ohne Drohung und ohne Abschreckung, mit Geduld, viel gutem Willen, mit der Bereitschaft zu Mut, Verzicht, zu zivilem Ungehorsam und schließlich auch zum Leiden, in der festen Überzeugung, daß wir als Menschen dazu fähig sind, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen. Was läßt mich persönlich an diesem Thema so festhalten?
Jede meiner Steuerzahlungen bedeutet eine Gewissensbelastung, weil ich weiß, wieviel von meinem Geld dazu benutzt wird, um wen zu kaufen, Menschen zum Töten auszubilden und Kriegskosten zu decken.
Was mich aber in besonderer Weise beunruhigt, ist die Tatsache, daß meine Mittäterschaft in Form unserer Steuerzahlungen einfach verwischt werden soll. Steuerzahlungen seien "gewissensschonend" hat einmal ein führender Politiker uns gegenüber geäußert. Ich empfand das als Zynismus. Aber das ist das Denk-Muster, in dem die meisten Richter und Politiker argumentieren: da es staatsrechtlich hilfreich ist, Steuereinnahmen und -ausgaben voneinander zu trennen, sollen auch wir als Bügerinnen und Bürger diesen Zusammenhang ausblenden: wir zahlen (gewissenschonend) unsere Steuern (pecunia non olet), alles andere besorgt das Parlament und soll uns nicht kümmern. Das Ausstellen eines Schecks sei eben nicht dasselbe wie der Kriegsdienst mit der Waffe, auch wenn es für uns die gleiche Wirkung hat. Mag sein, daß wir später einmal ganz unvermutet nach unserem Gewissen gefragt werden wie jetzt jene Mauerschützen, die gehorsam die Anordnungen ihres Staates erfüllt hatten.
Wir vom NETZWERK FRIEDENSSTEUER haben natürlich auch Wünsche für die Zukunft, die ich an dieser Stelle gern äußern möchte.

Wir wünschen uns:
- daß das NETZWERK FRIEDENSSTEUER für die Unterstützung von Militärverweigerinnen und -verweigerern, für den Erfahrungsaustausch und für die politische Arbeit von immer mehr Menschen und Gruppen genutzt und mitgetragen wird,
- daß die Gesetzesinitiative und die juristischen Möglichkeiten weiterentwickelt werden,
- daß sich die Kirchen in der Frage der Rüstungssteuerverweigerung bewegen,
- besonders aber, daß möglichst viele Einzelne sich dem Problem auf ihre eigene Art stellen.

Denn Institutionen werden nie vorangehen.
Persönlich habe ich viel gelernt auf diesem Wege zivilen Ungehorsams. Dazu gehört auch die Einsicht, daß wir Visionen wie die, ohne Waffen zu leben, als Wegweisung brauchen, und daß es nicht so wichtig ist, ob wir persönlich das Ziel noch zu unseren Lebzeiten erreichen. Wichtig ist, daß wir uns auf den Weg machen, denn in jedem Stück Weg steckt auch ein Stück Ziel.
Petra Kelly hat einmal in einer Erklärung zu der Frage: "Was ich mit meiner Steuerverweigerung beabsichtige" folgendes Gedicht von Werner Sprenger zitiert, mit dem ich jetzt schließen möchte:

Es gibt einen Weg,
den keiner geht,
wenn Du ihn nicht gehst.
Wege entstehen,
die vielen zugewachsenen,
wartenden Wege
von ungelebtem Leben überwuchert.
Es gibt einen Weg,
den keiner geht,
wenn Du ihn nicht gehst:
es gibt Deinen Weg,
ein Weg, der entsteht,
wenn Du ihn gehst.

Vom Netzwerkrat

Es gibt viel zu tun...

warten wir's ab
oder packen wir's an?

Kommentierender Bericht von R.E. zum Netzwerkrats-Treffen vom 26.-28. Nov. 1993 in "der reizvollen Frankenmetropole Nürnberg".
Besonders reizvoll war vor allem die angenehme Tagungssituation: Tagung, Unterbringung und Verpflegung unter einem Dach in guter Atmosphäre. Nicht immer so gut war die Atmosphäre untereinander: lastender Arbeitsdruck, Müdigkeit bei den Einen, Schwierigkeiten "loszulassen" bei den anderen. Es blieb unklar, wie die Region Ost besser "vernetzt" werden kann, wer langfristig die *Friedenssteuer*NACHRICHTEN macht und wer für Steuern zu Pflugscharen und für Rechtswege künftig die Infos für die Rubriken "liefert" und wer langfristig die Vernetzung (auch auf internationaler Ebene) engagiert vorantreibt...
Nicht unwesentlich zur Überlastung beigetragen hat m.E. auch, daß die Regionalgruppen sich oft nicht "potent" genug fühlen, Richtlinien für die Weiterarbeit zu erarbeiten. Mit Ausnahme vom Thmenbereich "Steuern zu Pflugscharen" gab es keine Tagung, auf der unsere Ziele diskutiert wurden. Schließlich werden auch die NACHRICHTEN dazu bisher nicht genutzt. Besonderen Diskussionsbedarf gab es zu den Themen: (Wie) weiter auf dem Rechtsweg? Was erwarten wir von einer internationalen Vernetzung? Was sind wir bereit dafür einzusetzen?
Immerhin hat der Rat beschlossen, die 2000 DM vom Aachener Friedenspreis für die "internationale Vernetzung der KriegssteuerverweigererInnen und Friedenssteuerkampagnen" zurückzulegen. 500 DM werden davon für den Reisefonds für Osteuropa und "3.Welt" zur spanischen Konferenz '95 verwendet.
Ferner müßte das Konzept unserer Öffentlichkeits- und Pressearbeit dringend diskutiert werden. Ob die nächsten Regionalversammlungen diese Themen bzw. eines davon auf die Tagesordnung setzen können?
Die Auseinandersetzung über die "Klein"-Arbeit der Infostelle hatte in der Tagesordnung des Netzwerkrates zunächst wenig Platz. Haben wir vergessen, daß der Rat vorrangig für organisatorische Dinge da sein soll (was schließlich bisher seine Effektivität ausgemacht hat)? In der Vergangenheit waren wir immer dann "produktiv", wenn wir trotz der Gegensätze zwischen der Idee von "Kriegssteuerboykott" und von "Friedenssteuer" beiden Raum gewährt haben. Wir haben gelernt, daß wir weder in der Wirkung nach "oben" noch "an der Basis" weiterkommen, wenn wir nicht für beide Richtungen etwas organisieren.
Alles in allem: die zwei Jahre Netzwerkrat haben seine Arbeitsfähigkeit und Stabilität erwiesen: alle Regionen, Arbeitsschwerpunkte und Infostelle waren vertreten. Ein bewußtes Abwechseln der SprecherInnen zeigt sich wegen der dadurch entstehenden Diskussionsdefizite als nicht zweckmäßig. Hingegen wäre ein "Auffüllen" der Verantwortungsbereiche (s.o.) durch neue MitarbeiterInnen mit neuem Elan sehr wünschenswert.
Im Rahmen unserer Gesetzesinitiative wurde ein Vorgehen im Wahljahr 1994 diskutiert, mehr davon Anfang des Jahres.
Im Folgenden stellen wir ein auf dem Treffen beschlossenes Informationskonzept vor, das die Integration des "Steuern zu Pflugscharen"-Rundbriefs ermöglicht.

Verbesserung der Darstellung und Informationsstruktur

Der Aachener Friedenspreis hat intern sehr zur Bejahung des "Netzwerk Friedenssteuer" beigetragen. Er hat aber auch gezeigt, daß der Name nach außen hin nicht leicht den Inhalt assoziieren läßt. Deshalb soll im "Logo" links neben Netzwerk Friedenssteuer (Handschrift) der Block "KEIN GELD FÜR KRIEG" mitverwendet werden.
Im Augenblick scheint es auf keinem Gebiet der Arbeitsschwerpunkte sinnvoll, die Thematik nach außen hin zuzuspitzen bzw. zu spezialisieren. Vielmehr ist eine Vereinfachung und die Verknüpfung unseres Anliegens mit den aktuellen Friedensthemen notwendig. Hier sind weiterhin gute Aktionen gefragt.
Wer hat Interesse an der Militärsteuerverweigerung?
Wir unterscheiden drei Zielgruppen:
1. **Am Problem der Militärsteuer <u>interessierte</u> Personen:**
Ca. 1000 Adressen, Neuzugänge und Reaktionen werden mit Datum versehen, Adressen korrigiert. Wer drei Jahre lang nichts von sich hören läßt, erhält keine Zusendung mehr.
Diese Zielgruppe erhält jährlich im Januar kostenlos einen "***Jahresbrief***", DIN A 4 mit Vor- und Rückschau, ansprechend und motivierend aufgemacht.
Beiliegend zwei "***Antwortpostkarten***", eine mit einer Bestelliste für max. 10 Materialien, die andere zur Bestelung der *Friedenssteuer*-NACHRICHTEN für ein Jahr.
2. **Vom Militärsteuerzwang "persönlich" <u>Betroffene</u>:**
Ca. 200 Adressen, erhalten auf Grund einer schriftlichen Bestellung, möglichst mit der "*Antwortpostkarte*" quartalsweise die *Friedenssteuer*NACHRICHTEN.
Wer sie im Vorjahr erhielt und sich nicht zurückmeldet, bekommt das Frühjahr-Exemplar incl. "*Antwortpostkarte*" noch mal, dann erst wieder den nächsten "*Jahresbrief*".
3. **Kontaktpersonen:**
Ca. 50 Adressen, erhalten die *Friedenssteuer*NACHRICHTEN und mit dem ***Jahresbrief*** einen "Brief an die Kontaktpersonen", in dem ihnen u.a. die Möglichkeit gegeben wird, folgendes (kostenlos) zu bestellen:
a. Einladung und Protokoll der Netzwerkratstreffen und jeweils zum ankreuzen "gelegentliche Informationen an Mitarbeiter der einzelnen Arbeitsschwerpunkte:
b."Steuern zu Pflugscharen"
c."Gesetzesinitiative"
d."Rechtswege"
e."Vernetzung" (Basisarbeit, Tagungen, Internationales).
Die Delegierten des Netzwerkrates und die Infostelle erhalten a. bis e. "automatisch".
Die jeweiligen "gelegentlichen Informationen" können auch von anderen Interessierten (gegen Spende) bestellt werden, das Interesse sollte jedoch jährlich neu bekundet werden.

Aus den Regionen

NORD

Am 13.11.93 fand das Regionaltreffen Nord mit vier Menschen statt. Ähnlich wie in Bayern besteht auch hier die Idee, Regionalversammlung und eine Veranstaltung zu kombinieren. Vorschlag für das nächste Treffen ist der 9.4.94 in Hamburg.

Regionalsprecher:
Dedo v. Krosigk,
Tel.: 0511/830759 oder 13017
und Bernd Abesser,
Tel.: 0511/444003

NORDOST

Werbung in der U-Bahn

Die Berlinerinnen haben für ein Jahr 120 Schriftzüge in Berliner U-Bahn-Wagen etabliert: "Steuern ja, aber nicht für den Krieg!" plus zwei Telefonnummern.
Regionalsprecherin:
Sabine Eckert,
Tel.: 030/2162689

OST

Regionalkontakt:
Mathias Förtsch, Tel: 0341/204194

WEST

Sich auf stärker werdende Bewegung vorbereiten

Die sechs Menschen, die sich am 2.10.93 zum Regionaltreffen West einfanden, hatten einen intensiven Austausch. Es gibt auch neue Verweigererinnen in der Region. Axel vetritt die Region noch einma im Netzwerkrat. Das nächste Tref fen ist wieder von 14-18 Uhr in Leverkusen, diesmal am 5.3.94. Ein Tagesordnungspunkt steht schon fest: internationale Zusammenarbeit. Alle sind herzlich eingeladen.
RegionalsprecherInnen:
Axel Jassoy 0211/466983 und Dorothea Kötter 0228/355289

SÜDWEST

Wieder eine Tagung in Hohenwart geplant

Das Thema wird erst im Dezember geplant. Termin: 18.-20.3.94
Dieter Hemminger schlägt vor, das Regionaltreffen wieder in die Tagung in Pforzheim zu integrieren. Wer damit nicht einverstanden ist, möge sich doch bald an ihn wenden.

Regionalsprecher:
Dieter Hemminger 07231/89408 u.
Werner Huber, Zähringer Str. 6
79108 Freiburg

SÜD

Gute Vorbereitung ist sehr wichtig

Die Regionalversammlung und Veranstaltung in Bamberg hat, mangels örtlichen Intersses, hauptsächlich NürnbergerInnen angezogen, ja auch einen Landshuter. Die Region gibt die Idee, in allen Bezirken präsent zu sein, vorläufig auf - zugungsten einer intensiveren Arbeit in Nürnberg. Die Regionalversammlungen wurden hier (wie auch im Südwesten) auf einmal jährlich reduziert. (Besser als gar nichts!)
RegionalsprecherIn:
Siegfried Laugsch, Tel.:
0911/4304-238/9 od. 397851 und
Brigitte Janus,
Tel.: 0911/243870

Von den Arbeitsschwerpunkten

VERNETZUNG

Steuerverweigerung zu kompliziert für DFG-VK

"Am 14. Oktober 1993 war ich in die Stadtgruppe Magdeburg der DFG-VK eingeladen, um von Erfahrungen in der Militärsteuerverweigerung zu berichten.
Einzelne Mitglieder der DFG-VK interessieren sich sehr dafür. Das Fazit des Abends war: Die Materie ist zu kompliziert für unsere Leute. Eine breite Basis dafür zu gewinnen, scheint uns nicht möglich. Wir konzentrieren uns weiterhin auf die Militärseelsorge und den Konziliaren Prozeß, Sachgebiete, in denen wir schon lange engagiert sind, die auch den Leuten hier bekannt sind. Aber wir freuen uns auch, wenn andere (die sich in Steuerrechten besser auskennen) Militärsteuern verweigern."
Sigrid Neumann
Provinzialjugendpfarrerin
Friedrich-Ebert-Str. 25
39179 Ebendorf

Verlagerung der Aktivität

Aus der Erklärung von Klaus Hecker zum Netzwerkratstreffen in Nürnberg
"Ich habe mich entschlossen, die Arbeit am Arbeitsschwerpunkt VERNETZUNG und bei der Redaktion der Friedenssteuer-Nachrichten zum 30.6.94 aufzugeben. Außerdem werde ich noch im November die Internationale Konferenz in Spanien besuchen und dort eine Arbeitsgruppe leiten, wenn unsere spanischen Mitstreiter nicht etwas anderes beschließen.
Ich werde auch weiter meine Kriegssteuern verweigern, weil mir das einfach ein Bedürfnis ist...
Seit 1983 arbeite ich mit Euch zusammen auf dem Gebiet "Kriegssteuerboykott"; ich sage ganz absichtlich "Kriegssteuerboykott", weil ich nie glücklich über den "positiv besetzten" Ausdruck Friedenssteuer gewesen bin. Ich bin überhaupt nicht mehr sicher, ob ich Menschen durch eine solche freundliche Verpackung gewinnen kann. Es kommt mir vor, als ob die meisten Menschen sowieso alles, was sie in ihrer Ruhe, in ihrem Alltagstrott stören könnte, weit von sich weisen und sowieso nichts tun; daß aber die paar Menschen, die noch den Wunsch nach Veränderung in sich fühlen, durchaus - ich nenne es einmal - klare Worte verkraften können.
Mit dem Resultat meiner Arbeit im Arbeitsschwerpunkt "Vernetzung" bin ich überhaupt nicht zufrieden. Aber - so habe ich das interpretiert - es war nicht gedacht, daß ich der große Motor sein sollte, der alles antreibt - ich wollte mit Anderen zusammen darüber nachdenken, wie wir das Netzwerk weiter ausbauen könnten. Aber leider hat sich niemand gefunden, der hier mitmachen wollte.
Für Euch war und ist sicher der Aachener Friedenspreis ein großer Einschnitt für die Friedenssteuerarbeit und für das Netzwerk. Ich habe Eure Freude nicht teilen können und bin ein wenig traurig darüber, daß in dieser Welt Preise an Menschen verliehen werden, weil diese Menschen sich nicht am Töten in irgendeiner Form beteiligen wollen.
Ich habe in diesen 10 Jahren viele gute Stunden mit Euch erlebt und es fällt mir schwer, mit dieser meiner Entscheidung mich ein Stück von Euch zu entfernen. Aber ich will neue Aufgaben übernehmen, die mir nicht viel Zeit für anderes lassen werden.
Angefangen hat das Alles in der Zeit vor dem Golfkrieg: Ich habe während der irakischen Kuweit-Invasion in den USA erlebt, wie schnell dort von der Regierung, aber besonders von den Medien eine nationalistische Stimmung erzeugt wurde, die nur noch Raum ließ für ein militärisches Eingreifen; ich war völlig entsetzt, wie Menschen, die gerade die Ost-West-Bedrohung los geworden waren und nun vielleicht in eine friedliche Zukunft steuern konnten, wieder zu Gewalt greifen und Probleme zwischen den Staaten durch Krieg lösen wollten.
Kurz vor, während und auch nach dem Golfkrieg blieb für uns alle kaum Zeit zum Überlegen, weil wir überflutet wurden von Anfragen und von Wünschen. Und ich hatte das Gefühl, daß die Menschen hier vielleicht doch etwas gelernt hatten und Krieg nicht mehr als Mittel der Politik akzeptieren würden.
Das war die Zeit, wo das NETZWERK FRIEDENSSTEUER entstand, wo wir hofften, daß daraus eine breite Basis für viele Men-

schen entstehen konnte, die Krieg, Gewalt, Militär ablehnten und dies zuerst durch die Verweigerung der Steuerzahlung dem Staat kund tun wollten.
Aber wir hatten uns da wohl getäuscht: Kurz nach dem Golfkrieg brach die ganze "Bewegung" in sich zusammen; wir waren zwar mehr geworden, aber immer noch viel zu wenige, um etwas zu bewegen. Insgesamt bröckelten in der Friedensbewegung bei alle Gruppen die Menschen ab, hatten anderes im Sinn, waren nicht mehr bereit, "etwas zu tun". Mir ist das völlig unverständlich: Mindestens seit Somalia müßten die Menschen doch erkennen, wohin das führt...
Ich bin dann über einen Aufenthalt in einem Flüchtlingslager in Zagreb, der Organisation einer humanitären Hilfsaktion und der Begleitung eines Transportes in die Nähe der Frontlinie zwischen Kroaten und Serben in Slawonien schließlich zu "MIR SADA" gekommen, dem Friedensmarsch von Split nach Sarajewo, bei dem nur ganz wenige der Teilnehmer nach Sarajevo gekommen sind. Mir ist dabei klar geworden, daß wir - wenn wir auf diesem Gebiet unser Schicksal in die eigene Hand nehmen wollen - uns viel intensiver auf derartige Aktionen vorbereiten müssen als das bisher geschehen ist. Wir wollen Aufgaben erfüllen, die mindestens so schwierig sind wie die Aufgaben, die das Militär erfüllen soll. Das Militär wurde jahrelang geschult und ist mit bestem und teuersten Gerät ausgerüstet. Wir haben die bessere Motivation, aber wir sollten auch uns schulen und mit gutem Material ausrüsten. Kurz, wir sollten viel Zeit in ein solches Projekt investieren.
Ich arbeite an einem Konzept, das zu einer PEACE ARMY führen könnte, wenn es mir gelingt, Mitstreiter zu finden. Die peace army sollte unabhängig von Staat und auch von Organisationen sein, um jeden möglichen Interessenkonflikt zu vermeiden...
Diesen Versuch will ich wagen, mich da ganz hineinstürzen und vielleicht kann ich so mehr als bisher dazu beitragen, daß Militär irgendwann einmal überflüssig wird."

RECHTSWEGE

5. Verfassungs Beschwerde nicht angenommen

von Martin Arnold

"Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen. Diese Entscheidung ist unanfechtbar." Dies bekam ich als Beschluß der 3. Kammer des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 29.10.93 mitgeteilt (Az.: 2BvR 1702/92), sonst nichts, keine Begründung, auch von Geld, von Gebühren kein Wort.
Was sollen wir nun dazu sagen? Dies obersten "Hüter" der Grundrechte haben einmal mehr versagt.
Die fundierten Argumente, die mehr als zwanzig persönlichen Unterstützungsbriefe, die vor einem Jahr an Richter Kirchhof geschreiben wurden, die etwa 450 Personen, die zusammen über 6800 DM überwiesen hatten, um zum geforderten "Vorschuß auf eine möglicherweise zu erhebende Gebühr" beizutragen, haben die drei RichterInnen Klein, Graßhof und Kirchhof nicht umzustimmen vermocht.
Ich danke Ihnen und Euchallen für die wunderbare Unterstützung, zu der sich so viele im und vom Netzwerk Friedenssteuer haben anregen lassen. Ich hatte gehofft, daß wenigstens ein Fall zur Entscheidung angenommen würde.
Was soll jetzt mit dem eingezahlten Geld geschehen? Das Geld darf das Gericht nicht behalten. Das Geld der Staatskasse zu schenken, finde ich nicht gut. In den nächsten Tagen bekommen von uns diejenigen, die uns gemeldet hatten, daß sie Geld überwiesen hatten, einen Vorschlag, Karlsruhe anzuweisen, das Geld zu spenden.
Auf Grund des Nicht-Entscheidungs-Beschlusses scheint es mir sehr fraglich, ob es zur Zeit sinnvoll ist, weitere Verfassungsbeschwerden einzureichen; vielleicht eher wieder wenn die öffentliche und die juristische Diskussion über Militärsteuerverweigerung weitergekommen sind oder wenn in einer Zeit andere RichterInnen zuständig sind.
Die RichterInnen scheint es auch nicht beeindruckt zu haben, daß das Finanzgericht Köln in seinem Urteil vom 27. Mai 93 der Verfassungsgerichtsbegründung vom 26. August 92, die mir entgegengehalten worden war, in einem wesentlichen Punkt ausdrücklich widersprochen hat. Vielleicht wird einmal ein Finanzgericht die Sache den Karlsruhern vorlegen, so daß sie sie zur Entscheidung annehmen müssen. Ob damit allerdings die Aussicht auf Erfolg größer ist??

Steuerverweigerung auf der Titelseite

"Ärztin klagt vor dem Finanzgericht", war vor kurzem in zwei Nürnberger Zeitungen zu lesen, mit einem "Aufmacher" schon auf der Titelseite.
Brigitte Janus, Regionalsprecherin aus Bayern, klagte gegen das Finanzamt, auf Stundung und Erlaß des Militärsteueranteils. Sie wurde dabei von Walter Schönfeld und von dem grünen Landtagsabgeordneten Hans-Günther Schramm unterstützt.
Das Gericht hatte wiederum die alten Bedenken .ob jeder Steuer-

zahler selbst über die Verwendung seiner Steuern bestimmen und dann das parlamentarische Prinzip überhaupt noch funktionieren kann, so schrieb die Zeitung; "am Schluß hätten wir keinen Staatshaushalt mehr."

Ehepaar Antoch vor dem Finanzgericht in Düsseldorf

Warum er sich Mühe geben solle, das Finanzgericht Düsseldorf, habe schon wiederholt entschieden. Das war die Haltung des Richters im Prozeß der Düsseldorfer Ute und Robert Antoch. Darüberhinaus zeigte er Unverständnis, wie jemand angesichts der Greueltaten auf dem Balkan auf militärisches Eingreifen unsererseits verzichten könne und das noch als "Gewissensentscheidung" deklarieren.
Im Anschluß an den Prozeß kam bei den Betroffenen, KlägerIn und BesucherInnen, die Frage nach dem sinnvollen Vorgehen vor Gericht auf.

STEUERN ZU PFLUGSCHAREN

Für das Netzwerk Friedenssteuer schrieben Siegfried Laugsch, Martin Arnold und Reinhard Egel am 30. September 1993 eine

Offene Antwort an die Evangelische Kirche in Deutschland

Die im Netzwerk Friedenssteuer zusammenarbeitenden MilitärsteuerverweigererInnen, insbesondere die evangelischen ChristInnen unter uns und die kirchlichen MitarbeiterInnen der Ökumenischen Aktion "Steuern zu Pflugscharen", sind zutiefst enttäuscht über das Votum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Militärsteuerverweigerung. Am 26.3.93 hat sich der Rat der EKD den Standpunkt der Kammer für öffentliche Verantwortung zur Militärsteuerverweigerung zu eigen gemacht.
Das Votum war eine Reaktion auf das Gutachten der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) "Pazifistische Steuerverweigerung und allgemeine Steuerpflicht".
In diesem Gutachten heißt es: "Die Kirchen...müssen...im pazifistischen Steuerboykott eine authentische christliche Zeichenhandlung erkennen und nach Mögichkeiten des aktiven Beistands für die Betroffenen suchen." (S.212)
Die Art, wie die genannten EKD-Organe darauf reagierten scheint uns übereilt. MilitärsteuerverweigererInnen wurden nicht in den Beratungsprozeß einbezogen. Der Text weist sachliche Unrichtigkeiten und unangebrachte Verallgemeinerungen und Folgerungen auf; eine theologische Abwägung fehlt.
Wir bitten die Organe der EKD, uns in Zukunft nicht mehr zu übergehen, sondern sich dem Dialog mit uns zu öffnen.
Diese Antwort soll zunächst einmal unseren Standpunkt deutlich machen.
Auf dem 25. Deutschen Evangelischen Kirchentag wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, entlang derer unseres Erachtens ein weiterführendes Gespräch geführt werden kann... (vgl. NACHRICHTEN 10)
Die fünfseitige "Offene Antwort" kann bei unserer Versandstelle in Aachen für 1 DM gegen Rückumschlag mit 2 DM Porto angefordert werden.

EKD-Synode beschließt Dialog mit dem "Netzwerk Friedenssteuer"

"Die Synode beauftragt den ständigen Ausschuß für Kirche, Gesellschaft und Staat, mit dem "Netzwerk Friedenssteuer" Gespräche über die von ihm vertretene christliche Zeichenhandlung einer pazifistischen Steuerverweigerung zu führen. Dabei soll auch über Möglichkeiten des Beistands für Menschen gesprochen werden, die aufgrund ihrer Gewissensentscheidung für sich selbst eigene Wege gehen müssen."
(Am 11. November 1993 von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland mit großer Mehrheit angenommen)
Die Einladung weiterer sachkundiger Gäste für die Beratung steht im Ermessen des Ausschusses. Die Vorsitzende des Ausschusses begründete den Antrag mit den Worten, dies sei "ein Weg, um dieser engagierten Gruppe zu zeigen, daß wir in der EKD gesprächsbereit sind".

Großer Erfolg auf der Synode der EKD in Osnabrück

leicht gekürzter Bericht von Karl-Heinz Baum, Frankfurter Rundschau vom 13.11.93
"Wir erwarten Bereitschaft zum Dialog", mit diesem Satz endete ein mehrfach vorgeführtes Pantomimenspiel einer Gruppe evangelischer Christen vor der Stadthalle in Osnabrück. Dort tagte die Synode der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), das Kirchenparlament. Dialog fordern die Teilnehmer des

Pantomimenspiels von ihrer Kirche, weil sie bisher in ihrem Anliegen von den kirchlichen Behörden nicht unterstützt werden. Mit ihrer "Aktion Steuern zu Pflugscharen" bekennen sie sich als Verweigerer von Militärsteuern; sie fordern ihre zumeist krichlichen Arbeitgeber auf, einen kleinen Teil der Lohnsteuer nicht an die Finanzämter abzuführen...
Der Eisenacher Oberkirchenrat, Ludwig Große, machte die Aktion zum Thema der Synode. Er forderte Beistand für die Militärsteuerverweigerer durch die Kirche.
Der Konstanzer Theologieprofessor, Hartmut Maurer, widersprach sofort: "In einem demokratischen Rechtsstaat kann es keinen Steuerboykott geben. Gewissensfreiheit ist gewiß das höchste Gut, Doch wer Steuern verweigern will, mußn den Staat insgesamt ablehnen. Hier kann es keine Halbheiten geben."
Doch Groß'Vorstoß zwingt die EKD-Synode, sich mit dem Thema zu befassen. Viele Menschen haben aus einzelnen Landeskirchen bereits Unterstützung erfahren. Bremens evangelische Kirche forderte schon im November 1991 den Rat der EKD auf, "im Gespräch mit der Bundesregierung nach Möglichkeiten zu suchen, daß Steuerzahler selbst entscheiden dürfen, ob die von ihnen gezahlten Steuern für Rüstungs- und Kriegszwecke verwendet werden dürfen". Das Heidelberger evangelische Forschungsinstitut gab im vergangenen Jahr konkrete Empfehlungen, wie die Kirche diese Menschen dabei unterstützen könne.
...die EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung hatte im März diesen Jahres die Verweigerung von Militärsteuern als rechtlich nicht gangbaren Weg abgelehnt. Was die Betroffenen besonders ärgert, ist, daß sie vor diesem Beschluß nicht einmal angehört wurden. Die Kammer reit vielmehr "ausdrücklich davon ab", daß die Kirche die Verweigerer administrativ unterstützt. Die Evangelische Kirche solle diese Art der Verweigerung nicht einmal "zum Gegenstand synodaler Beschlüsse machen" und schon gar nicht als Arbeitgeber an der Einbehaltung eines Steueranteils aktiv dazu beitragen. Die Kammer zollte zwar der "Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung" Respekt, doch riet sie weiter, die Kirche solle sich alleine auf geistlichen Beistand beschränken; ein Votum, das der Rat als oberste deutsche Kirche bisher flugs übernahm.
Das Mitglied dieser EKD-Kammer, der Erfurter Probst Heino Falcke, hat später allerdings bekräftigt, daß dies ein "Mehrheitsbeschluß" sei; er könne dieses Votum zum Teil nicht mittragen. Der Beschluß lasse die kirchliche Solidarität mit den ethischen Motiven dieser Menschen vermissen. Er jedenfalls habe sich bei der Kammerberatung für "Achtung, Respekt und aktive Unterstützung" für diese Gewissensentschiedung ausgesprochen.
Die Synode in Osnabrück folgte der Position Falckes und setzte sich über das Votum der Kammer, keine Synodalbeschlüsse zu fassen, bewußt hinweg. Unverkennbar war bei dem Beschluß ein Mißtrauen gegenüber dem EKD-Rat als kirchlichem Arbeitgeber. Nicht der Rat, sondern der zuständige Synodenausschuß soll mit den Verweigerern "Gespräche über die von ihnen vertretene christliche Zeichenhandlung einer pazifistischen Steuerverweigerung führen". Ausdrücklich bot das Kirchenparlament an, auch über Möglichkeiten des Beistandes für Menschen zu sprechen, "die auf Grund ihrer Gewissensentscheidung für sich selbst eigene Wege gehen müssen".
Der Ausschuß Kirche, Staat und Gesellschaft will im kommenden Jahr ein Hearing mit Sachverständiguen wie Betroffenen veranstalten.

Pantomime - eine schöne bunte Blume auf dem langen Weg

Bericht von Ilse Staude über die Aktionen am 7. 11. 93 bei der EKD-Synode

Ein wunderschönes altes Portal mit den 10 klugen und törichten Jungfrauen, darunter neun schwarzgekleidete Menschen mit weißgeschminkten Gesichtern.
Wer in den Eröffnungsgottesdiens der Synode in die Osnabrücker Marienkirche geht, begrüßen unsere Transparente "Nicht von meinen Steuern" (darunter der sterbende Soldat) dazu die Frau, die einen Baum pflanzt und der Text "Steuern zu Pflugscharen". Neu dazugemalt: "Wir erwarten Dialogbereitschaft". Nur wenige GottesdienstbesucherInnen nicken uns freundlich zu, es gibt aber auch Ermutigung z.B. von Dekan Küenzlen, der uns zusichert, daß er sich dafür einsetzen will, daß die EKD auf unsere Fragen eingehen wird. Das Blitzlichtgewitter der Fotografen (endlich ist mal wieder was los in der Kirche) darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die meisten Fotos und Berichte über unsere Aktion der Schere der Redakteure zum Opfer fallen werden."
Die Stimmung ist gut! Wir bauen in der Stadthalle, wo bald die Synode beginnen wird, einen Infostand auf. Auch hier sind die genannten Plakate ein guter Blickfang. Besonders eindrucksvoll steht eine Kanone mit verknotetem Rohr daneben, die wir von der Evangelischen Jugendakademie Walberberg ausgeliehen bekamer Danke!! Die vom Gottesdienst heranströmenden Synodalen empfangen wir vor dem Haus (in nen durften wir nicht spielen) mit folgender Pantomime: Eine sitzt mit Megaphon etwas abseits, sie-

STEUERN ZU PFLUGSCHAREN

ben von uns stehen nebeneinander auf einem schwarzen Teppich, schwarz angezogen mit weiß geschminkten Gesichtern. Etwas erhöht auf einem kleinen Podest steht daneben ein "Pfarrer" im Talar, ebenfalls mit weißem Gesicht. Um den Hals haben wir alle große runde silberfarbene Geldstücke aus Pappe hängen. Auf das Kommando "Nationale Verantwortung" schlagen wir alle die rechte Hand aufs Herz; bei "Gehorsam" halten wir sie zum militärischen Gruß an den Kopf. Es folgt "Finanzierung": wir strecken unsere Münzen vor; "Bewaffnung": der rechte Arm zielt geradeaus nach vorn. Bei "Beschuß" knallen wir die linke Hand mit der rechten laut zusammen. "Die Opfer sind Tausende" - wir fallen zu Boden. Während diese Kommandoreihe vier- bis fünfmal wiederholt wird, tanzt eine aus der Reihe, reißt sich die Maske ab, versucht, die anderen zu überzeugen, daß sie den Wahnsinn nicht mitmachen, nicht mitfinanzieren sollen. Sie erblickt schließlich "die Kirche", fleht um Abhilfe, wird aber von ihr nur abgespeist, der Herr Pastor streicht ihr übers Haar. Danach liest er einen kurzen Text vor, der damit endet: "Wir erwarten die Bereitschaft zum Dialog."
Es sind einige Synodale auf unser Thema aufmerksam geworden. Ich hoffe, daß es so im Gespräch bleibt und nicht gleich unter den Teppich gekehrt wird. Ich denke, es hat allen Beteiligten großen Spaß gemacht, einmal auf ungewöhnliche Weise öffentlich aufzutreten, aber es ist auch klar, daß es noch ein langer Weg ist, der vor uns liegt. Jedenfalls war es eine schöne, bunte Blume an diesem Weg.

"Lebe, was du glaubst"

war das Motto, zu dem sich 25 VertreterInnen von Basisgruppen aus ganz Deutschland vom 15.-17.10.93 zum Erfahrungsaustausch in Bielefeld-Bethel trafen.
Wolfgang Sternstein aus Stuttgart berichtete über seine Erfahrungen im gewaltfreien Widerstand. Des weiteren wurde beraten, wie mensch auf das EKD-Votum reagieren kann.
Bei dem Seminar fand auch die Versammlung der "Aktion Steuern zu Pflugscharen" statt. Es gibt etliche Planungen und Veränderungen:
* Herbert Kühnle vertritt Martin Arnold im Netzwerkrat
* Die Versammlung ist für eine Zusammenlegung des SzP-Rundbrief und der *Friedenssteuer*Nachrichten.
* Die Versandstelle in Aachen bietet eine neue PAX-CHRISTI-Broschüre über Gewaltfreiheit "Ohne Waffen Menschen schützen" an.
* Abzugsfähige Spenden für die Steuern zu Pflugscharen-Arbeit können über die Evangelische Gemeinde zu Düren getätigt werden.
Kontonr. 100750 bei KSK Düren (39550110), Stichwort "Steuern zu Pflugscharen"
* Gabi Kurzenberger meldet einen Stand beim Kirchentag 1995 in Hamburg an.
* Das nächste Seminar findet Anfang 1995 statt.

Von der Infostelle

Kein Materialversand mehr!

Sämtliche Materialbestellungen (außer *Friedenssteuer*NACHRICHTEN) bitte in Zukunft an:

PAX CHRISTI
Klosterplatz 7
52062 Aachen
Tel/Fax: 0241/402876

Dort kann auch eine ausführliche Bestelliste angefordert werden, die wir nicht mehr der Büchersendung beilegen dürfen.
Ab 1994 verschicken wir aus Solingen kein Material mehr, sondern nur noch den *Jahresbrief* und die *Friedenssteuer*NACHRICHTEN. Briefe werden natürlich weiterhin beantwortet.

RedakteurIn gesucht

Mittelfristig wollen wir die Redaktion der *Friedenssteuer*-NACHRICHTEN und die Arbeit der Infostelle in andere Hände legen. Kurzfristig suchen wir deshalb einen Menschen, der/die einmal "unverbindlich" zur nächsten Redaktionssitzung Mitte Mai kommt. Der Aufwand umfaßt einen Nachmittag Redaktionsbesprechung, ca. 6 bis 10 Stunden tippen, Lay-out usw. (Der Versand wird von Katharina gemacht.) Besitz oder Kenntnisse von Computer sind nicht Voraussetzung, Kenntnisse im Schreibmaschinenschreiben und in der Friedenssteuerarbeit sind jedoch erforderlich. Eine finanzielle Aufwandsentschädigung ist teilweise möglich.

***Redaktionsschluß** für die Friedenssteuer*NACHRICHTEN 13 *ist der **15. Mai 1994**.*

Mit Friedenswünschen grüßen Euch

Klaus Hecker, Reinhard Egel (verantwortlich für den Inhalt) und Katharina Johanning (für den Versand).

STEUERN ZU PFLUGSCHAREN

KONTAKT-PERSONEN

Netzwerk Friedenssteuer, Wichernstr. 9, 5650 Solingen 1, Tel. 0212 / 59 16 48

November 1993

Region Ost:			
98666 Masserberg	Stefan Müller	Thälmann-Str. 57	036870 212
99084 Erfurt	Martin Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 63637
99887 Gräfenhain	Matthias Pfeiffer	Friedenstr. 3	Ohrdruf 2183
02906 Kollm	Michael Jahn	Ringstr. 13	0527 7120 (Niesky 7120)
04103 Leipzig	Mathias Förtsch	Kreuzstr. 2	0341 204194
04275 Leipzig	Sebastian Fleischhack	Scharnhorststr. 16	0341 3911898
04874 Belgern	Dr. Eberhard Bürger	Pfarrstr. 1	034224 40-228
Region Nordost:			
10369 Berlin	Henning Utpatel	Rudolf-Seiffert-Str. 21	9759911
10557 Berlin	Angela Meyer	Kirchstr. 21	030 3926683
10827 Berlin	Christine Gantert, Ambulante Krankenpflege Berlin, Crellestr. 21		030 7811087 (8-16h)
10969 Berlin	Monika Wagner	Lobeckstr. 5	6144525
10999 Berlin	Sevim Celebi, AKARSU Militärsteuerinit.Berlin,Oranienstr. 25		030 6147031
12043 Berlin	Harald Grothe	Fuldastr. 3	
12207 Berlin	Frauke Gundlach, Arbeitsstelle ÖkonomieundKirche, Celsiusstr. 71-73		7125075
13089 Berlin	Gerhard Schöne	Sleipnerstr. 6	030 4727403
13357 Berlin	Sabine Eckert (**Regionalsprecherin**), Grüntaler Str. 14		030 2162689 p
13587 Berlin	Elke Schöning c/o Luther-Gemeinde, Schönwalder Str. 24		030 3359024
15566 Schöneiche	Robert Buchallik	Dorfaue 34	O- 69495038 (b.Grätz)
18059 Rostock	Christian Fleischer	Beim Pulverturm 4	0381 450065
Region Nord:			
20201 Hamburg	Walter Schönfeld, Rechtsanwalt, Postfach 20 11 30		040 4202088 b, 4604966 p
25845 Nordstrand	Gertrud Schilling	Norderhafen 3	
26548 Norderney	Dorothea Wolf	Ellernstr. 9A	04932 3740
27777 Ganderkesee	Harald Schröder	Drannemanns Kamp 29	04222 8401 p
29462 Wustrow	Harald Müller, Bild.-u.Begegn.-St.für Gewaltfreie Aktion,Kirchstr. 14		05843 507, fax: 1405
30449 Hannover	Bernd Abesser (**Regionalsprecher**). -gegenSteuern- Ev.St.-jugdd.,Am Steinbruch 12, 0511 444003		
30519 Hannover	Dedo von Krosigk (**Regionalsprecher**). Querstr. 9		0511 830759 p, 13017 g
31812 Bad Pyrmont	Elke Hänning	Georg-Viktor-Str. 44	05281 8651
32479 Hille	Eike Dechow	Steiler Weg 7	05734 2470
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 31231 (12.30-13h)
33611 Bielefeld	Melanie Diekmann	Schildescher Str. 99	0521 801-4171 (Zi 15)
33659 Bielefeld	Herbert Kühnle	Meersburger Str. 5	0521 492004 p
34369 Hofgeismar	Hans Martin Wirth	Kabemühlenweg 34	05671 1452
38104 Braunschweig	Hans Georg Böhnig	Kirchgasse 5	0531 363358
38822 Athenstedt	Hartmut Barsnick	Poststr. 2	039427 266
48527 Nordhorn	Janette Johannink	Hohenkörbener Weg 65	05921 37393
Region West:			
40225 Düsseldorf	Ursula Löw	Kopernikusstr. 53	0211 346206 p
40479 Düsseldorf	Axel Jassoy (**Regionalsprecher**).	Prinz-Georg-Str. 92	0211 466983
40489 Düsseldorf	Robert Antoch	Alte Landstr. 32	0211 404723
41061 Mönchengladbach	Hartmut Magon	Parkstr. 29	02161 207798 p, 391890 d
42653 Solingen	Reinhard Egel	Wichernstr. 9	0212 591648
45136 Essen	Martin Arnold	Neißestr. 4	0201 255282
45883 Gelsenkirchen	Ernst Udo Metz	Fersenbruch 14	0209 492498
48143 Münster	Arnold Voskamp, , LAG Soziokultureller Zentren, Achtermannstr. 10-12		
48683 Ahaus	Albert Mühlenhoff	Rosenthal 42 B	02561 69265
51375 Leverkusen	Stefan Lapke	Morsbroicher-Str. 63	0214 503871
51429 Bergisch Gladbach	Lutz-E. Bohr	Hans-Böckler-Str. 19	02204 56043p, 0221 3382-288d
52062 Aachen	Heinz Wagner , PAX CHRISTI	Klosterplatz 7	0241 402876 (= fax)
53111 Bonn	Margrit Röhm	Pipinstr. 12	0228 655751
53177 Bonn	Dorothea Kötter (**Regionalsprecherin**). Burgstr. 97		0228 355289, fax:361740
53340 Meckenheim	Hans Peter Mortier	Fichtenweg 1	02225 15995
53902 Bad Münstereifel	Hille Richers	Ashfordstr. 61	02253 7568
55127 Mainz	Klaus Hecker	Pfarrer-Dorn-Str. 18	06131 368411
Region Südwest:			
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 4194
65201 Wiesbaden	Grietje Budler	Frank-Wedekind-Str. 30	
65474 Bischofsheim	Alois Bauer	Darmstädter Str. 41	06144 44250p, 06131 253436d
65779 Kelkheim	Michael Katzenbach, FSI Hofheim,	Adolfshöhe 4	06195 62865
69227 Rauenberg	Günther und Christel Lott	Postfach 1151	06222 62726, fax:62702
69245 Bammental	Wolfgang Krauß	Hauptstr. 86	06223 47791 (= fax)
70180 Stuttgart	Gabi Kurzenberger	Römerstr. 53	0711 609513 p, 2054-376 d
70191 Stuttgart	Angelika Detel	Gunterstr. 17	0711 2569211
72116 Mössingen	Erich Schneider	Höfgasse 35	07473 1629, 07071 26073 d
72501 Gammertingen	Michael Schmid	Hohenzollernstr. 4	07574 2862
73525 Schwäbisch Gmünd	Wolfgang Schlupp	Salvatorstr. 19	07171 37352 p
74582 Gerabronn	Ursula Leitner	Bahnhofstr. 21	07952 6825
74855 Haßmersheim	Martin Kriener	Am Kirchenrain 1	06266 1424
75180 Pforzheim	Hans-Gerd Krabbe	Carl-Schurz-Str. 72	07231 71760 d
75228 Ispringen	Dieter Hemminger (**Regionalsprecher**), Turnstr. 13		07231 89408
76137 Karlsruhe	Uli Beer-Bercher, DFG-VK Landesverband Bad.-Württ., Boeckhstr. 13		0721 814067
78244 Gottmadingen	Dr.Gottfried Thieme	Steiner Weg 22	07731 71803
78262 Gailingen am Hochrhein	Thomas Rissel	Genterweg 3	07734 1028
78532 Tuttlingen	Kurt Hauser	Föhrenstr. 28	07461 4417
79108 Freiburg	Werner Huber (**Regionalsprecher**). Zähringer Str. 6		0761 509203
79249 Merzhausen	Klausmartin und Christa Voigt	Im Laimacker 20	0761 404940
79733 Görwihl	Uwe Blumberg	Strittmatt 160	07754 7628
88069 Tettnang	Martin Röcker	Hofkammerstr. 22/3	
Region Bayern:			
80802 München	Ingeborg Ammon	Ungererstr. 15	089 395705
84030 Landshut	Kurt Büttler	Oberbreitenauer Str. 43	0871 74736
86161 Augsburg	Walter-Karl Winter	Walther-Heim-Str. 6	0821 576344
90212 Nürnberg	Siegfried Laugsch (**Regionalsprecher**),	Postfach 450131	0911 4304-238/9 d, 397851 p
90403 Nürnberg	Dr. Brigitte Janus (**Regionalsprecherin**).	Untere Krämersgasse 18	0911 243870
90482 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Ebenseestr. 6	0911 546662
92637 Weiden	Ingrid Maczvlaitif	Fichtestr. 2	0961 23230
95236 Stammbach	Erich Schödel	Fleisnitz 30	09256 363
97247 Eisenheim	Rolf-Peter Schuler	Wölfleinstr. 18	09386 1219

Arbeitsschwerpunkte:

Vernetzung: Klaus Hecker, Pfarrer-Dorn-Str. 18, 55172 Mainz 06131 368411, fax 368023

Gesetzesinitiative: Günther Lott, Postfach 1151, 69227 Rauenberg 06222 62726, fax 62702

"Steuern zu Pflugscharen" (Kirchen): Martin Arnold, Neißestr. 4, 45136 Essen 1 0201 255282, fax:telefon.anmelden

Rechtswege: Walter Schönfeld, Postfach 201130, 20201 Hamburg 040 4202088, fax 4205186

Wer Kontaktperson werden will: bitte schreiben an: Netzwerk Friedenssteuer, Wichernstr. 9, 42653 Solingen oder an: Ökumenische Aktion "Steuern zu Pflugscharen", per Adr. Martin Arnold, Neißestr. 4, 45136 Essen